

VORWORT

Vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Wetterlagen rückt die Diskussion über eine nachhaltige Umweltpolitik verstärkt in den Fokus. Selbst wenn die langanhaltende Hitze und die Trockenheit des Sommers 2018 in Deutschland nicht unbedingt ein Beweis für den Klimawandel sein müssen, haben sie doch einmal mehr darauf aufmerksam gemacht, dass Klimaveränderungen mit weitreichenden Folgen für Menschen und Tiere in vielen Regionen der Erde stattfinden. Bilder von verdorrten Landstrichen, Überschwemmungen, Hungersnöten und klimabedingte Migrationsbewegungen beunruhigen die Öffentlichkeit. Denn sie zeigen ein hohes Maß von Zerstörung der natürlichen Umwelt und deren Konsequenzen. Das Washingtoner Pew Research Center hat Anfang 2019 ermittelt, dass in der Hälfte der untersuchten 26 Staaten der Klimawandel als die größte Bedrohung für die Welt angesehen wird.

Warnende Stimmen haben nicht gefehlt. Seit Jahrzehnten haben Naturwissenschaftler, Ökonomen, Juristen, Soziologen, Ethiker und Politiker intensiv die Herausforderungen diskutiert und Lösungswege gesucht. Ziele wurden vereinbart, Abkommen beschlossen. Gleichwohl gehen die Auffassungen über die konkreten Wege und Maßnahmen zur Lösung weit auseinander. Denn es zeigt sich schnell, dass eine umfassende Umweltpolitik Auswirkungen für viele Politikbereiche hat: Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Infrastruktur, Energie, Wohnungsbau und Bildung. Grundsätzliche Einsichten in notwendige Veränderungen können ins Wanken geraten, wenn die konkreten Umsetzungsvorschläge die eigene Lebensführung betreffen und mit ihr kollidieren. Gut gemeinte Initiativen rufen u. U. neue Ungerechtigkeiten hervor.

Diesen komplexen Fragen und Dilemmata hat sich die Tagung „Umweltpolitik – global und gerecht“ gewidmet, die vom 24. - 25. September 2018 in der Akademie Franz Hitze Haus stattgefunden hat. Die hier dokumentierten Referate und Korreferate greifen in vier großen Einheiten – Umwelt, Energie, Boden und Wachstum – die vielschichtige Problematik auf. Sie vertiefen den Kenntnisstand des jeweiligen Sachgebietes und stellen Kriterien auf, nach denen die Sachverhalte aus sozialemethischer Sicht bewertet werden können.

Eine grundsätzliche Erörterung der umweltpolitischen Herausforderungen bietet der Sozialethiker *Jochen Ostheimer*. Sein Konzept von Nachhaltigkeit ist bestimmt von der Vorstellung pragmatisch kluger Entscheidungen, von gelingendem Leben und von Gerechtigkeit. Da menschliches Handeln für die Gestaltung der Erde ursächlich sei, trügen Menschen dafür Verantwortung. Gefragt seien deshalb gesellschaftspolitische Antworten. Angewendet auf die Klimapolitik bedeute dies, dass alle Akteure – Staaten, Unternehmen und Konsumenten – zusammenwirken müssten, um eine „ökologische Lebenskunst“ zu entwickeln.

Dazu ergänzt der politische Ökonom *Karsten Mause* offene Fragen: Sie betreffen erstens den Umgang mit Zweiflern an naturwissenschaftlichen Ergebnissen des menschenverursachten Klimawandels, die Umsetzung von moralischen Einsichten in Handlungen durch ökonomische Instrumente, und schließlich die Zielkonflikte, die im Detail bei einer global gerechten Umweltpolitik auftreten können.

Eric Meyer sieht wie Jochen Ostheimer die ganze Welt in der Verantwortung, den Klimawandel aufzuhalten, weil nationale Alleingänge kaum zu dessen Eindämmung beitragen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass Maßnahmen wie Zertifikatehandel, der Einsatz von Ordnungsrecht oder eine Steuerlösung kaum international durchsetzbar sind und Wirkungsgebiet und administrative Durchgriffsmöglichkeiten somit häufig auseinanderfallen.

Beim zweiten Block „Elemente einer zukünftigen Energiepolitik“ gehen *Sonja Thielges*, *Rainer Quitzow* und *Ortwin Renn* vom Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam davon aus, dass fossile Energieträger den Klimawandel beschleunigen. Um dem Einhalt zu gebieten, sei die Energiegewinnung zu verändern. Weltweit unterscheiden sich Leitbilder über den Weg zu diesem Ziel. Deutschland strebt bis 2050 eine Verminderung der fossilen Energieversorgung von rund 80 % auf 20 % zugunsten der erneuerbaren Energien an, während die USA unter der Regierung Trump darauf setzen, fossile Energie sauberer zu machen und auf eine Energiedominanz zielen. Demgegenüber stellt China in einer „Energirevolution“ eine kohlenstoffarme Energieversorgung in den Mittelpunkt. Die deutsche Politik müsse international daran arbeiten, Hindernisse auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Energiezukunft zu überwinden, so die Autoren.

Die geschäftsführende Direktorin des Instituts für Umwelt- und Planungsrecht der Universität Münster *Sabine Schlacke* weitet den Blick auf die Politik der Europäischen Union. Diese verfolge seit 2016 eine integrierte Energie- und Klimapolitik, die allerdings von nationalen Politiken abhängig sei. Wenn Deutschland sein Leitbild innerhalb Europas durchsetzen wolle, müsse es auch Klima- und Energiepolitik miteinander verbinden – institutionell und sektörübergreifend – und breit öffentlich diskutieren.

Auch der Sozialethiker *Joachim Wiemeyer* mahnt statt eines rein deutschen Wegs eine gemeinsame, europäisch abgestimmte klimafreundliche Energiepolitik an, um gegenüber China und den USA Resonanz zu finden. Ein solches Leitbild bedürfe positiver Anreize und Sanktionen, wie die Bestrafung von zu hohem CO₂-Ausstoß. Unter ethischen Gesichtspunkten der Generationengerechtigkeit müsse auch an die berechtigten Ansprüche der Bevölkerung von weniger entwickelten Ländern gedacht werden, sowie eine Geburtenbegrenzung erwogen werden.

Mit Boden und Bodenschutz als einem zentralen Handlungsfeld der Umweltpolitik befassen sich in einem dritten Block *Bernd Hansjürgens*, *Stefan Möckel* und *Bartosz Bartkowski* vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Nach einem Überblick zur Bedeutung von Böden für den

Menschen und das Ökosystem analysieren sie die Verfügungsrechte über Böden. Wegen der vielfältigen Funktionen von Böden seien diese Rechte nur unzureichend definiert. Da bestimmte Eigenschaften von Böden den Charakter von öffentlichen Gütern hätten, ließen sich über die Einzelinteressen hinaus Eingriffe begründen. Angewendet auf die deutsche Landwirtschaft als einem wesentlichen Nutzer der Böden führen diese Überlegungen zur Forderung nach einer grundsätzlichen Umorientierung bis hin zu einer umfassenden Veränderung der Agrar- und Ernährungssysteme. Der Schutz der Böden sei eine zentrale Frage der Gerechtigkeit sowohl mit Blick auf die sich entwickelnden Länder als auch hinsichtlich künftiger Generationen.

Dazu verpflichten auch biblische Zeugnisse und Erklärungen der katholischen Soziallehre, wie der Umweltbeauftragte des Erzbistums München und Freising *Mattias Kiefer* darlegt. Komplexe Konflikte und Dilemmata entstünden in der Praxis. Sie spiegelten sich etwa in der Spannung von Wohnungsknappheit in Boomregionen gegenüber Flächenversiegelung und Biodiversitätsverlusten, von Nachhaltigkeitsbewusstsein gegenüber konventionell wirtschaftenden, oft kirchennahen Landwirten.

Mit der Rolle des Wachstums im Zusammenhang mit Lösungsansätzen für die ökologischen und sozialen Probleme setzt sich ein vierter Block auseinander. In Erweiterung des Gemeinwohlgedankens bestimmt der Wirtschaftsethiker und Sozialwissenschaftler *Johannes Wallacher* das Ziel nachhaltiger Entwicklung als „Freiheit zu einem menschenwürdigen Leben für alle“. Anstelle einer Fixierung auf Wachstum schlägt er eine sozial-ökologische Strukturreform vor, die bessere Anreize für mehr Effizienz und technologische Innovation setzt. Es sei ein Bewusstseinswandel einzuleiten, der zu einem Leitbild der Suffizienz im Sinne von maßhalten führt. In diesem Prozess der Änderung von Lebensstilen könne die Kirche mit gutem Beispiel vorangehen.

Kommentierend sehen *Tobias Gumbert* und *Doris Fuchs* vom Institut für Politikwissenschaften in Münster es als eine politische Aufgabe an, den Naturverbrauch zu senken und ein gelingendes Leben für viele zu erreichen. Dabei gehe es weniger um eine Schrumpfung der Wirtschaft als um eine Reorganisation des Gemeinwesens bezüglich gesellschaftlicher Arbeit, sozialer Sicherung und bisheriger Marktprozesse.

Derartigen Vorstellungen widerspricht der Ökonom *Christian Müller*. Wachstum sei notwendig für die Überwindung von extremer Armut und die Entschärfung von Verteilungskonflikten. Ein Verzicht würde die Kosten auf künftige Generationen übertragen und neue Gerechtigkeitsprobleme schaffen.

Die interdisziplinäre Tagungsreihe ist ein Kooperationsprojekt der Katholisch-Sozialen Akademie Franz Hitze Haus, der Akademie Die Wolfsburg und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster und der Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre der Universität Bochum begleiten die Tagungen in Vorbereitung und Durchführung wissenschaftlich.

Münster, Mülheim, Berlin im Februar 2019

Martin Dabrowski
Judith Wolf
Karlies Abmeier